

weitreichenden Modernisierungen und Aufgabenbündelungen im Back-Office- und IT-Bereich, um diese Kostenersparnisse fortzuführen“, fasst Biach die Effizienzsteigerungsaktivitäten zusammen. Ziel sei es, durch gemeinsame Einkaufsaktivitäten von Ländern und Sozialversicherung noch weitere Einsparungen zu erzielen: „Wir, Länder und Sozialversicherungen, folgen dabei einer einnahmenorientierten Ausgabenpolitik und halten uns an den festgelegten Kostendämpfungspfad“, erklärte Biach.

Bei einem Blick auf die Detailzahlen fällt auf, dass die Ausgaben für Ärzte und Spitäler nun stärker wachsen als der frühere Kostentreiber Medikamente. So wird für die Anstaltspflege für heuer eine Kostensteigerung um 4,9% erwartet. Dies wird im Hauptverband vor allem mit den mit der besseren Konjunktur nun auch gestiegenen Beitragseinnahmen begründet, die automatisch auch einen höheren Beitrag der Sozialversicherungen für die Landesspitäler nach sich ziehen. Und die Ausgaben für die Ärztliche Hilfe sollen heuer um 4,7% wachsen; für die Medikamente wird heuer eine Kostensteigerung um 4,2% erwartet.

Spardruck trifft Industrie

Kritik kam hier allerdings von der Pharmabranche: Gerade der positive Trend der Gebärungsprognose des Hauptverbands mache deutlich, dass die Veröffentlichung der Prognosen Jahr für Jahr nach demselben Schema erfolge, kritisiert Pharmig-Generalsekretär Jan Oliver Huber: „Es beginnt mit einem eklatanten Minus, das im Laufe des Jahres nach unten korrigiert wird, bis am Ende der Gebärungsperiode – erfreulicherweise und für alle dann doch überraschend

– ein Plus ausgewiesen werden kann. Der Hauptverband übt mit dieser Taktik Druck auf die pharmazeutische Industrie aus. So wird ihr übers Jahr mit jeder Prognose vorgeworfen, sie wäre aufgrund der Arzneimittelpreise schuld am zu erwartenden hohen Defizit der Krankenkassen.“ Und dann werde versucht, die Ausgaben zu kürzen.

Entlastung bei Spitälern

Umbrüche gibt es hingegen im Spitalsbereich: Im Vorjahr wurden laut nun veröffentlichten Daten der Statistik Austria mehr als 2,7 Mio. stationäre Aufenthalte in den Akutspitälern dokumentiert sowie gut 158.000 Aufenthalte in Einrichtungen für Langzeitversorgung, Rehabilitation und Prävention. Stark im Steigen sind die tagesklinischen Aufenthalte: 2016 waren es um rund zwei Drittel mehr als vor zehn Jahren; ein Viertel aller stationären Aufenthalte erfolgt bereits ohne Übernachtung.

Die Zahl der vollstationären Aufenthalte in Akutkrankanstalten (Aufenthalte mit mindestens einer Übernachtung) hat sich seit 2006 um 4,0% und seit 2015 um 0,1% verringert. Die Österreicher liegen aber nicht nur etwas weniger, sondern auch kürzer im Spital. Die durchschnittliche Dauer vollstationärer Aufenthalte verkürzte sich seit Anfang der 1990er-Jahre von durchschnittlich 11 auf 6,4 Tage im Jahr 2016. Die Aufenthaltstage pro Kopf haben sich von 1,8 Tagen im Jahr 2006 auf 1,5 Tage im Jahr 2016 reduziert.

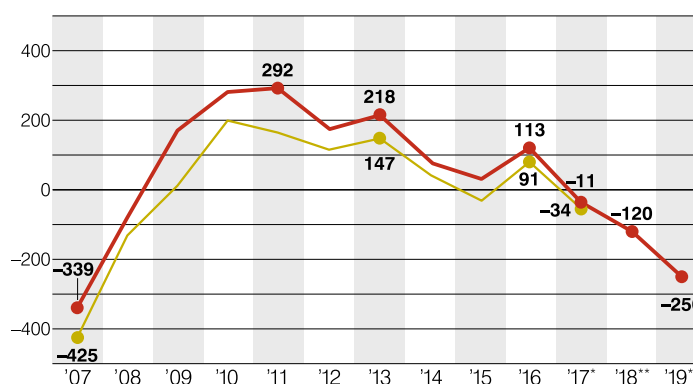
Häufigste Ursache von vollstationären Aufenthalten waren Erkrankungen des Kreislaufsystems, gefolgt von Verletzungen und Vergiftungen, Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und Erkrankungen des Verdauungssystems.

Krankenkassen erwarten weiter Minus

Prognosen und Ergebnisse

Bilanzsaldo in Millionen Euro, 2017 Voranschlag

● Alle Krankenkassen ● Gebietskrankenkassen



Einzelne Kassen	2016	2017		2016	2017
GKK Burgenland	±0	±0	SVA Bauern	+27,5	+20,4
GKK NÖ	±0	±0	VA Eisenbahn/Bergbau	+1,2	-7,9
GKK Kärnten	±0	±0	SVA Gewerbl. Wirtschaft	+15,2	+21,4
GKK OÖ	+18,0	-13,9	VA Öffentlicher Dienst	-26,0	-13,9
GKK Salzburg	+15,5	-0,7			
GKK Steiermark	±0	±0			
GKK Tirol	±0	±0			
GKK Vorarlberg	±0	-3,3			
GKK Wien	+57,0	-16,0			

* Stand 15. November 2017
 ** Prognosen ohne von neuer Regierung geplante Maßnahmen
 Quelle: APA/Hauptverband

Differenzierte Aussichten

GKK erholen sich

Von den neun Gebietskrankenkassen rechnen jene in Niederösterreich, dem Burgenland, der Steiermark, Kärnten und Tirol für heuer mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Ein Minus erwarten die Wiener (-16 Mio. €), die Oberösterreicher (-13,9 Mio.), die Vorarlberger (-3,3 Mio.) und die Salzburger (-0,7 Mio.).

Regierung will Fusion

Finden ÖVP und FPÖ zu einer Koalition zusammen, dürften Zusammenlegungen bei den Sozialversicherungen wohl unausweichlich sein – Wortmeldungen aus Verhandlerkreisen deuten klar in diese Richtung. Denkbar wäre eine Fusion der GKKs und eine Integration der Unfallversicherung AUVA sowie von Bauern- und Selbstständigenkasse.